

Der Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 M., durch die Post 18.00 M. anzahl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungserzeichnis unter der Bezeichnung eingetragene. Die unversandt eingegangenen Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Anzeigen mit dem Quotientenangebot, Halle, der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Retikeln die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen in sämtlichen Anzeigebüros. Einrückungstermin: Sonntag und Montag 1 mal, Dienstag und Mittwoch 2 mal, Donnerstag und Freitag 3 mal, Samstag 4 mal. Halle, Postfach 17, nach 15. Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 281.

Halle, Sonnabend, den 19. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Giolitti und Deutschland.

Der neue italienische Ministerpräsident Giolitti steht seit jeher im Ruf der Deutschfreundlichkeit. Das hat ihm, als der Krieg im Gange war und der westliche, der englisch-französische Kapitalismus mit allen Mitteln Italien vom Durchbruch abhalten wollte und in den Krieg zwang, das hat Giolitti damals Amt und Ansehen und fast seine Existenz überaus geliebt. Denn die gewaltigen Interessenkonflikte hatte ihm über Kopf, ihrem einflussreichsten und darum gefährlichsten Gegner nach albanesischer oder, wenn man will, nepolitänischer Bravi-Manier ans Leben zu gehen. Die ureigenen Maffio- und Camorramittel sind auch im modernen Italien noch vielfach lebendig. Giolitti ging allen Gefahren und Schwierigkeiten aus dem Wege, indem er sich auf sein Landgut bei Turin zurückzog. Er beschloß, seine Zeit abzuwarten, den Gang der Ereignisse nicht zu beeinflussen, sondern den unbestimmtesten Zufallern zu spielen. Für ihn war es nicht zweifelhaft, daß Italien, wie auch immer die Dinge gehen, immer beiderseitig aus dem Krieg hervorgehen müßte. Dabei spielten seine Gefühle für den gegen Deutschland gar keine Rolle. Es ist ein Fehler, wenn auch weit verbreiteter, Herrn Giolitti als einen Freund Deutschlands oder des Deutschen zu sein anzusprechen. Er ist ein italienischer Politiker, der lediglich italienische Interessen im Auge hat und dabei „europäisch“ denkt, also etwas weiter blickt, als die fanatischen Dreißiger in Italien, die nur nach Triest starren und für ein Völkergewalt die ganze wahre Zukunft Italiens, seine Bewegungsfreiheit und volkswirtschaftliche Unabhängigkeit dafür preisgeben. Denn so ist jetzt die Lage Italiens.

Ein Staat, der über keine Kohle, kein Eisen, keine Baumwolle, kein ansehnliches Getreide verfügt, ist in sich schon in harter Abhängigkeit vom Auslande. Ein solcher Staat kann keine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit nur dann erhalten, wenn zwei große Machtkombinationen da sind, die einander das Gleichgewicht halten, das wiederum den wirtschaftlichen Interessenausgleich von selbst zur Folge hat. Giolitti erkannte ganz genau, daß ein freigeschaltetes Italien in der Entente nichts anderes als die völlige Abhängigkeit von England mit den plebiszitären Verhärten des großen mitteleropäischen Weltmarktes bedeutet. Aber bereits angesprochen hat, so kann man darin Italien im Dreieck die Abhängigkeit von Deutschland befeuert mit der Feindschaft Englands. Er wollte folglich ein neutrales Italien, um den Kriegsausgang möglichst zu paralisieren.

Unter diesen Umständen ist es nicht schwer, die Linien der künftigen Politik des neuen italienischen Premiers vorzuziehen. Er will auch jetzt nicht für Deutschland schwärmen, aber die schwerere wirtschaftliche Lage Italiens und die daraus entstehende Wirkung winnt ihm, für den Wiederaufbau Deutschlands zu wirken, also der destruktiven Politik Frankreichs entgegenzutreten. Wenn es wahr ist, was sich Freunde nachsagen, daß er sich über Deutschlands Zukunft sehr herzlich ausgesprochen hat, so kann man darin in Anzeichen erblicken, daß er nicht nur denkt und sich keinen Missionen hingibt. Denn auch Italien hat eine Forderung von etwa 60 Milliarden aus Kriegsschuldensicherung angefordert. Da auch Rumänien, Portugal, vielleicht auch noch Haiti und Liberia und elfliche andere Nationen neben den Großmächten von Deutschland entschädigt sein möchten, so wäre es schließlich darauf hinaus, daß die ganze Welt auf Deutschlands Rollen leben und von Deutschlands Arbeit erhalten werden soll. Dieser Gedanke ist natürlich zu absurd, um erwidert werden zu werden. Auch Italien will sich, wie ernde Vorkriegszeiten, sich auf die Annäherung beschränken müssen. Die Entscheidung, die wir neben können und mit der sich zweifelslos Giolitti auch begnügen wird, sind nachstehende und selbstlose Handlungsempfehlungen. Und auch diese können wir nicht von heute auf morgen herstellen.

Wir haben keine Veranlassung, dem nachfolgenden Mittis mit Misstrauen entgegenzusehen, aber wohlwollig auch keinen Anlaß zur Schwärmerei. Es muß erst die Zeit kommen, in der Deutschlands Bedeutung für Europa sich von selbst durchsetzt. Im Augenblick ist aber alles nur Symptom, Vorläufer, Hebrägarer Sieger und Besiegte in Europa haben noch lange, mühselige Arbeit, und noch ist alles im Fluge. Auch in den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien.

Noch immer keine Klärung der Lage.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In sozialistischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es lediglich auf die Erschließung der Deutschdemokraten ankomme, damit die Krise gelöst werde. Die Herren Dr. Feine und Stresemann haben von Seiten der Partei Generalvollmacht erhalten um Aufbruch der Koalition der Mitte. In der Partei sei man entschlossen, ohne Mitwirkung der Demokraten, nur mit dem Zentrum allein ein Kabinett zu bilden. Man hebt sogar auch jetzt noch hervor, welchen Wert man einer Mitwirkung der Sozialdemokraten beimessen würde. Das Zentrum ist nach wie vor bemüht, in dieser Richtung zwischen den Parteien zu vermitteln, doch hat bisher irgendwelche Fortschritte in dieser Richtung nicht zu erkennen. Eine Entschädigung der demokratischen Forderungen dürfte vermuthlich erst morgen erfolgen, da die sämtlichen Mitglieder der Koalition, die sich nicht in Berlin befinden auf telegraphischem Wege, auch hinsichtlich der Meinung nach Berlin auf dem Wege sind. Sollten die Demokraten sich entschließen, an der Kabinettbildung teilzunehmen, so würde Herr Feine, wie Dr. Trimborn unserem Vertreter mitteilte, sofort die Bildung einer neuen Regierung

in die Hand nehmen. Diese würde voraussichtlich sehr bald beendet sein, da man sich zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei grundsätzlich auch über die Ministerliste bereits geeinigt hat. (Weitere zuverlässige Meldungen lagen bis 11 Uhr nachts nicht vor, so daß legend welche positiven Folgerungen aus vorstehender Meldung verzielt sein dürften. B. Schiff.) Die Deutschnationalen werden voraussichtlich beim Zusammenkommen eines solchen Kabinetts bei der Vertretungsfrage sich der Abstimmung enthalten.

WTB, Berlin, 18. Juni. Die Abendblätter rechnen mit einem Kabinett Feine nach unter Beteiligung des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Die Entschädigung der Demokraten ist noch nicht erfolgt.

WTB, Berlin, 18. Juni. Die demokratische Partei, von deren Entschädigung eine Lösung der Kabinettfrage erwartet wird, ist in ihren Beratungen bisher zu keinem Beschluß gekommen.

Unabhängige und Mehrheitssozialisten.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Das Zentralkomitee der U. S. P. D. veröffentlicht heute in der „Freiheit“ eine Kundgebung an die Parteigenossen und -genossinnen, in der dargelegt wird, warum die U. S. P. D. nicht in die Regierung geht. Es wird ausgeführt, daß nach dem Geheiß des proletarischen Klassenkampfes eine Beteiligung der Partei an der Regierung unbedenklich ist. Nur die U. S. P. D. könne als die nicht in Betracht kommen die Vertretung einzelner Ministerposten. Ihre Aufgabe bestehe nach wie vor, die Eroberung der politischen Macht durch die zumangekommene Kraft des Klassenbewußtseins der Proletariats. Die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit der Mehrheitssozialisten sei für die U. S. P. D. nicht gegeben, da letztere ihre Ziele in einer Koalitionsregierung doch nicht durchsetzen könne. Die Proletarier müßten erkennen, daß die Ziele und die Methoden des revolutionären Sozialismus die „Diktatur des Proletariats“ an Stelle einer von vorneherein zur Unfruchtbarkeit verurteilten Koalitionspolitik“ sein müsse.

Der „Temps“ über die „hauptsächliche Lehre der deutschen Wähler“.

Das politische Ziel, das der „Temps“ und die hinter ihm stehenden französischen Politiker sich gestellt hatten, war immer die Auflösung oder doch die Liquidation des Deutschen Reiches. Jetzt möchte der „Temps“ den Wählern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, und auf der anderen Seite den Erfolg der Unabhängigen, verwerfen, um in den Kreisen der Militären für seine Ideen Stimmung zu machen. Er führt in seiner Nummer vom 12. Juni aus, daß die drei Koalitionsparteien, die bisher in Deutschland regierten, die einzigen deutschen Parteien seien, die auf dem Standpunkt des parlamentarischen Systems stünden. Die Deutschnationalen forderten das Bismarcksche System, wo die ministerielle Verantwortung nur ein leeres Wort gewesen ist, und die Sozialistische Partei sei für eine „Arbeitskammer“ und für ein „Bündnis mit Hilfe wirtschaftlicher Organisationen. Die U. S. P. D. hätte einen nicht notwendigen zum Käsefütterung gelangen und stellen der demokratischen Idee einer nationalen Volksvertretung die Idee der Klassenvertretung gegenüber. Nun sei aber der Vertrag von Versailles nur unter der Voraussetzung mit dem Reiche abgeschlossen worden, daß Deutschland ein parlamentarisches regierte Land wie England sei. Der „Temps“ erklärt: „Wenn die Urheber des Vertrages nicht vorausgesehen hätten, daß Deutschland eine parlamentarische Demokratie werden würde, so wäre es unentschiedenbar gewesen, den Mehrheitssozialisten und Demokraten freie Hand zu lassen, als sie das Reich mit Hilfe des Herrn Erzberger auf andere Zentralisierten. Ein noch härterer Gegenstand des Reiches als dasjenige Bismarcks war in jedem Falle eine große Gefahr für den zukünftigen Frieden.“

Die „hauptsächliche Lehre der deutschen Wähler“ liegt für die „Temps“ darin, daß man „den Widerspruch zwischen der Hypothese, auf welcher der Vertrag beruht, und der deutschen Wirklichkeit von heute“ begreifen, und ihn, bevor man handelt, den Militären klar machen müsse. Was das heißt, ist völlig klar. Wir haben im voraus gewußt, daß der französische Rationalismus einen Wählern der Koalitionsparteien sehr günstig und förderlich für seine Zwecke sind und ihn nach Kräften ausbeuten werde. Aber wenn eine große Zahl von Wählern sich auch heute freigesprochen lassen und in ihrer Unwissenheit, in ihrem Mangel an politischem Verständnis, dem französischen Nationalismus den erwiderten Vorwand geliefert hat, so trat der „Temps“ doch in der Meinung, daß demokratische Einheitsbewegungen in Deutschland jetzt nun in geschwächt, daß man die alten Auslöschungspläne mit einiger Aussicht auf Erfolg wieder hervorholen könne.

„Warum wir Demokraten bleiben.“

In einer demokratischen Wählerversammlung in Wilmersdorf sollte am Donnerstag Herr Senator Fettersen über das Thema sprechen: „Warum wir Demokraten bleiben.“ Da er aber in Fragen der Kabinettbildung in letzter Stunde zu einer Konferenz im Reichsministerium

des Innern berufen worden war, so machte an seiner Stelle Herr Amtsgeschäftsrat Dr. Feine eine folgende Ausführungen:

Die Gründe für das Abbringen der Wähler nach rechts sind die ungeliebte Situation, die die Klasse n rechts will, und eine gewisse sentimentale Romantik. Das aber die Koalition an den Verhältnissen (sich) selbst ist eine bewährte Umarmung. Auch nach links sind die Wähler abgebrungen, weil man ihnen von dort den Anfang des taubstummigen Reichs des Sozialismus verpöndelt hatte.

Die alte Mehrheit ist nicht mehr tragfähig. Dieser tatsächliche Erfolg ist aber strategisch nicht auszunutzen, weil die Rechte überhaupt kein Programm hat. Die Lage erhebt sich erst, als Parteien das erzielende Wort fand, daß zwar die Regierung das Vertrauen der Mehrheit haben, aber nicht der Volkswahlberechtigte Parteien zu verleihen. Eine Regierung ausgeschlossen gegen die Arbeiterschaft ist nicht möglich, um haben wir in vier Wochen den Bürgerkrieg. Wenn es mit Deutschlands Geschick ernst ist, der darf mit diesem Gedanken nicht spielen.

Im Hintergrunde steht Sp. Der Einbruch der Wahlen in Frankreich ist katastrophal. Frankreich zieht den Schicksal, die gewöhnliche Welle sei angeschwollen und man müsse Deutschland daher sehr schwere Bedingungen auferlegen. Das ist der Erfolg der „Wiederaufbauparteien“. Unpopulär ist auch das Verhalten der Sozialdemokratie. Sie hat gegen die meisten demokratischen Stimmen der Freiheit unterzeichnet, und sie muß jetzt in die Regierung eintreten, um an einer Erfüllung der Koalition mitzuarbeiten. Wir laufen der Sozialdemokratie nicht nach, aber wir wollen den Klassenkampf nicht festlegen lassen. (Sehr richtig.) Wir müssen durch ein Kabinett der Mitte verhindern, daß die Extreme aufeinander plagen. Sollte aber der App-Druck in geschickter Form wiederholt werden, so bin ich nach wie vor für die dritte Durchführung eines neuen Generalstreiks. (Sehr lebhaft, anhaltender Beifall.) Wir wollen Demokraten bleiben, weil wir in der Demokratie das Heil erblicken, nicht rechts und links und auch nicht in „Schmiedern“, das heißt Bürokratie, was für die Demokratie wollen wir weiterarbeiten, wenn unsere Beibringung erfüllt werden, im Kabinett, wenn nicht, außerhalb deselben.“

An diese Rede, die mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine längere Diskussion an.

Neue polnische Uebergriffe.

Warsauer, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Wie der „Kofalangeiger“ meldet, wurde der Geschäftsführer der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreussischen Wahlkreisgebiet, Dr. v. Holtum, in der Nacht zum 17. Juni in Krakau im polnischen Korridor als ein Verbrechen aus dem Schlafwagen heraus verhaftet. Gegen welche Gründe für diesen unerhörten Uebergriff der polnischen Behörden sind nicht bekannt. Sicher ist jedoch, daß die Polen mit dieser Verhaftung die Abwendung der deutschen Vorbereitungen zur Abstimmung erschweren wollen.

Protest gegen die polnischen Uebergriffe.

WTB, Berlin, 18. Juni. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, liegt wegen der Verhaftung des Herrn von Holtum im polnischen Korridor Proteste an die polnische Regierung in Warschau, sowie an die internationalisierte Kommission nach Warsauer gerichtet worden. Die internationalisierte Kommission hat bereits die erforderlichen Schritte zur Freilassung des Herrn von Holtum bei den polnischen Behörden eingeleitet.

Urteile des Ententegerichtshofes in Oppeln.

Oppeln, 17. Juni. (Eig. Meldung.) Von unserem Oppelner Berichterstatter wird uns über die ersten Urteile des neuen Gerichtshofes in Oppeln berichtet: Der von der Entente-Kommission in Oppeln eingesetzte Sondergerichtshof, gegen dessen Errichtung sich seinerzeit der erste Richtertritt wandte, hielt in Oppeln seine erste Sitzung ab. Die Verhandlungen vor dem Gericht, das aus einem französischen Senatspräsidenten als Vorsitzenden, zwei alliierte Militäre und einem Zivilisten besteht, wurden öffentlich und teils in deutscher, teils in französischer Sprache unter Verwendung eines Dolmetschers geführt. Der Verhandlungsgegenstand wurde das deutsche Strafgesetzbuch zugrunde gelegt. Es kamen 2 Fälle zur Aburteilung. Der erste betraf 2 Arbeiter, die in Frankreich, die angeklagt wurden, den Weissen polen, welcher vor dem polnischen Konsulat befristet und mit ihm in Oppeln vertrieben, konnte der sie feindseligen französischen Sache Widerstand geleistet zu haben. Die Verhandlung ergab, daß sie in leicht angetrunkenem Zustand beim Verhörbegehren nach dem Adler mit den Stricken gezeigt hatten. Die französischen Rechtsabteilungen der deutschen Sprache nicht mächtig waren, nahmen an, daß es sich bei dieser Sache um eine Verurteilung des polnischen Weissen handelte. Das Gericht erkannte auf 10 bis 14 Tage Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Willkürgehalt; die Untergrundhaft wurde in Anrechnung gebracht. — Der zweite Fall wurde vor einem Einzelrichter verhandelt. Er betraf die Anrempelung von französischen Soldaten durch einen Arbeiter. Die Verhandlungen gingen bei diesem Vorfalle fünf Mann nebeneinander auf dem Bürgersteig. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe.

